

**Beschluss** (gegen die Stimmen der CSU-Fraktion):

1. Als Übergangslösung werden die Vertretungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege zu den Sozialausschusssitzungen eingeladen und als Sachverständige angehört.
2. Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich sowohl über den Bayerischen Städtetag als auch gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten dafür einzusetzen, dass durch eine Änderung des Landesrechts die Einrichtung eines Sozialhilfeausschusses ermöglicht wird.
3. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.